

Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfraktion
Reinhard Knitsch
Schlickumer Weg 60
40699 Erkrath
Tel: 02104/36106
Mail: reinhard.knitsch@t-online.de

März 2015

HAUSHALTSREDE FÜR DAS JAHR 2015

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren aus Rat und Verwaltung,

nach der letzten Kommunalwahl im Mai 2014 hat es lange gedauert, bis sich die neue Koalition aus CDU und BmU zu einer inhaltlichen Zusammenarbeit durchgerungen hat. Dieses hat man auch bei den Beratungen in den Fachausschüssen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 gemerkt. Gestaltungskraft und eigene konzeptionelle Ideen ließen beide Fraktionen vermissen. Die neuen Partner sind sich in Fragen, wie z.B. der Bebauung des Kleinen Bruchhaus oder dem Cleverfeld, uneinig. Bei dem Projekt Soziale Stadt scheint ebenso nur eine vordergründige Übereinstimmung zu bestehen. Der Bürgermeisterkandidat der CDU, Christoph Schultz, sprach in der letzten Woche bei der Veranstaltung des Seniorenrates in diesem Zusammenhang von einem Risiko, welches abzuwägen gilt, statt sich klar und eindeutig zu bekennen und das Projekt als große Chance für den Stadtteil Sandheide und für die soziale Entwicklung unserer Stadt zu begreifen.

Meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf weist einen Fehlbetrag in Höhe von 3,5 Millionen Euro aus. Trotz diesem Fehlbetrag lässt sich an der Einnahmeentwicklung eine verbesserte Finanzsituation erkennen.

Die Gewerbesteuereinnahmen sind bereits im letzten Jahr um 2,6 Millionen Euro höher ausgefallen als erwartet. In diesem Jahr werden 28,9 Millionen Euro an Gewerbesteuereinnahmen prognostiziert. Dieses zeigt einen eindeutigen Aufwärtstrend, ohne dass neue Gewerbegebiete ausgewiesen wurden.

Bei der Einkommenssteuer werden in diesem Jahr Erträge in Höhe von 23,2 Millionen erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 200.000 Euro.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass Erkrath -trotz der angespannten Haushaltslage- auch zukünftig nicht zu den Kommunen zählen wird, die ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen und die Finanzlage im Vergleich zu anderen Kommunen in Erkrath längst nicht so dramatisch ist, wie häufig vom Bürgermeister Werner und anderen Fraktionen behauptet wird. Erkrath ist eine einnahmestärke Kommune!!!

Dieses belegt auch das Ergebnis des zweiten Mittelstädteranking der IHK. Erkrath belegt im Bereich der kommunalen Finanzen von 181 Mittelstädten in NRW den 50. Rang. Im Städtevergleich nimmt Erkrath in dieser Kategorie somit einen Platz im ersten Drittel ein. In der Gesamtwertung des Ranking erzielt unsere Stadt mit Rang 13 ein hervorragendes Ergebnis.

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung muss weiter verfolgt werden, damit wir nachfolgenden Generationen keine Schuldenlast auferlegen, die nicht zu bewältigen ist. Eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation setzt aber voraus, das Bund und Land ausreichende Mittel zur Erfüllung der von dort auf die Kommunen delegierten Aufgaben zur Verfügung stellen. Nur dann werden wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können. Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen muss endlich ein Ende haben.

Meine Damen und Herren,

positiv zu vermerken ist, dass Bündnis 90/Die Grünen sich bei den Haushaltsplanberatungen auch bei der neuen Mehrheit von CDU und BmU mit einigen Anträgen durchsetzen konnten.

So haben wir beispielsweise erreicht, dass der Medienetat der Stadtbücherei um 3.000 Euro erhöht wird und eine personelle Verstärkung durch den Einsatz einer Person im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ erfolgt.

Die städtischen Kindertagesstätten erhalten für Spiel- und Beschäftigungsmaterialien pro Gruppe jeweils 100 Euro mehr; die Interessenvertretung der Tagespflegestellen erhält 1.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit.

Der Spielplatzetat wird nicht -wie von der Verwaltung vorgeschlagen - um 35.000 Euro gekürzt sondern es stehen weiterhin jährlich 75.000 Euro für die Neuanschaffung von Spielgeräten für die rund 65 städtischen Plätze zur Verfügung.

Das DRK-Familienbildungswerk erhält weiterhin die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung von Deutschsprachkursen für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtteil Sandheide.

Die VHS baut das Angebot der Deutschsprachkurse für Flüchtlinge aus. Für die Betreuung von Asylbegehrenden in unserer Stadt wird auf Anregung des Freundeskreises für Flüchtlinge eine zusätzliche Honorarkraft eingestellt.

Das Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt Rundum des SKFM für Langzeitarbeitslose kann die bewährte und erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Das Jobcenter ME-aktiv hat durch die Kürzung der Trägerpauschale um knapp 40.000 Euro jährlich dem Projekt die finanzielle Basis zur Fortführung entzogen. Diese Kürzung kann der SKFM alleine nicht auffangen. Deshalb ist es notwendig und sozialpolitisch erforderlich, dass wir uns als Stadt stärker als bisher finanziell an diesem Projekt beteiligen. Die in diesem und in den nächsten Jahren erforderlich werdenden Mittel in Höhe von rund 20.000 bzw. 26.000 Euro jährlich sind für den städtischen Haushalt zwar keine Kleinigkeit, aber gut investiertes Geld.

Damit mittelfristig anderweitige Fördermittel für diese Maßnahme durch den SKFM beantragt werden können, brauchen wir die Teilnahme an dem Landesprogramm Soziale Stadt.

Im Sozialbereich hat unser Antrag, dass zukünftig Menschen in unserer Stadt die von Obdachlosigkeit betroffen oder bedroht sind, eine sozialarbeiterische Unterstützung erhalten, eine Mehrheit gefunden. Dieses hilft nicht nur den betroffenen Menschen, sondern wirkt sich auch finanziell - durch geringere Aufenthaltszeiten in den Obdachlosenunterkünften - positiv auf den städtischen Haushalt aus.

Meine Damen und Herren,

im Schulbereich ist es uns zumindest gelungen, dass die notwendigen finanziellen Mittel für die erforderliche Sanierung der Schulgebäude Falkenstraße und Düsselstraße in Alt-Erkrath im Haushalt enthalten sind. In den nächsten 3 Jahren werden hierfür 587.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Im Interesse der Kinder, Lehrkräfte und Eltern bleibt zu hoffen, dass es zu keinen zeitlichen Verzögerungen bei der Ausführung der Sanierungsarbeiten kommen wird.

Unverständlich ist es allerdings, dass unser Antrag auf Bereitstellung von 10.000 Euro für die längst überfällige neue Gestaltung der Schulhöfe der beiden Standorte von CDU und BmU abgelehnt wurde.

Das die anderen Fraktionen nach wie vor daran festhalten, einen Schulneubau für die Gemeinschaftsgrundschule in Alt-Erkrath für 10 Millionen Euro am Standort Freiheitsstraße realisieren zu wollen, zeigt, dass sie nicht den Mut haben den Eltern die Wahrheit zu sagen und Hoffnungen verbreiten, die sie in den nächsten Jahren allein aus finanzpolitischen Gründen nicht einhalten können.

Für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern sind im städtischen Haushalt insgesamt zusätzlich 100.000 Euro vorgesehen. Ein Großteil dieses Geldes wird für Inklusionshelfer/innen benötigt. Dieses ist ein notwendiger und richtiger Schritt, um den Schulen auch die Möglichkeit zur Umsetzung des inklusiven Unterrichtes zu geben.

Das CDU, BmU und FDP auch in diesem Jahr wieder unseren Antrag zur Durchführung einer Elternbefragung zur Ermittlung des Bedürfnisses für eine Sekundar- oder Gesamtschule in unserer Stadt abgelehnt haben, kann ich nur so deuten, dass sie Angst vor dem Elternvotum haben und die Meinung der Eltern offenbar für sie keine Rolle spielt. Die meisten Nachbarkommunen sind uns in dieser Frage -unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen - zwischenzeitlich meilenweit voraus.

Für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Stadt nach wie vor ein kommunalpolitischer Schwerpunkt dar.

Bei der Betreuung der Kinder unter 3 Jahren soll in diesem Jahr durch die Schaffung zusätzlicher Plätze in der Tagespflege die derzeitige Betreuungsquote von 40% verbessert werden. Das CDU, BmU und FDP in der HFA-Sitzung dafür gestimmt haben, dass die 10% Anhebung der Stundensätze für die Tagespflegestellen durch eine Erhöhung der Elternbeiträge ausgeglichen werden soll, ist absolut inakzeptabel und stellt genau das Gegenteil einer Kinder- und familienfreundlichen Politik dar. Sie wälzen hiermit die Kosten auf die Eltern ab, erschweren den Zugang zu einer Betreuung in Tagespflegestellen und verstoßen somit gegen den Gleichheitsgrundsatz der Betreuungsformen Tagespflege und Kindertagesstätten.

Das Angebot an OGS-Plätzen wird in den Grundschulen Millrath und Willbeck um jeweils eine halbe Gruppe ausgebaut. Es werden dann 825 OGS-Plätze und 350 Plätze in den Gruppen von acht bis eins für über 70 % der Grundschulkinder zur Verfügung stehen.

Auch zukünftig wird es erforderlich sein, diese Betreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie benötigen immer mehr Eltern ein verlässliches Betreuungsangebot für ihre Kinder. Nur so, und nicht über Wohnbaugebiete auf der grünen Wiese, kann Erkrath als Wohnstandort für junge Familien attraktiv bleiben.

Mit dem Neubau des Jugendtreffs am Skaterpark im bevölkerungsstärksten Stadtteil Hochdahl wird nun endlich begonnen. Ich hoffe, dass hier die Verwaltung Wort hält und es nicht wieder zu weiteren Verzögerungen kommen wird.

Haushaltsmittel werden in diesem Jahr auch wieder für den Bau einer Toilettenanlage und einer Umkleidekabine für Schiedsrichter für die Sportanlage Rankestraße bereitgestellt. Auch hier gilt mein Appell an die Verwaltung, dass im Interesse der Sportvereine nun endlich die Realisierung erfolgt. Im Toni-Turek Stadion wird nun endlich in diesem Jahr die seit langen ersehnte Kunststoffumlaufbahn und Flutlichtanlage fertiggestellt werden. Dadurch verbessern wir insbesondere für den TUS-Erkrath die Trainings- und Wettkampfbedingungen.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Schwerpunkt grüner Kommunalpolitik bleibt der Erhalt unserer Grün- und Freiflächen und der Klimaschutz sowie die Minderung der Lärmbelastung in unserer Stadt.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich auch weiterhin gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür einsetzen, das ökologisch wertvolle Flächen und der Charakter unserer Stadt im Grünen erhalten bleibt.

Eine Bebauung der Neanderhöhe, Kleines Bruchhaus, Cleverfeld oder in Unterfeldhaus nördlich der Neuenhausstraße, kommt für uns nicht in Frage.

Zum Schutz der Grün- und Freiflächen und vor einer nicht verantwortbaren weiteren Flächenversiegelung müssen Bestandsflächen im Innenbereich genutzt werden.

BmU und SPD haben zwar bei der Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzeptes betont, dass der Innenbereich Vorrang haben soll, zeigen aber bei der auch heute auf der Tagesordnung stehenden Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes, dass dieses leider nur Lippenbekenntnisse sind. Hier wird eindeutig klar, dass eine weitere Flächenversiegelung im Außenbereich und wertvoller Grün- und Freiflächen angestrebt wird und in dieser Frage sich die Haltung im Wesentlichen nicht von der Position der CDU und FDP unterscheidet.

Das Klimaschutzkonzept für unsere Stadt wurde auf unseren Antrag hin erarbeitet und liegt nun zur Verabschiedung vor. Damit die Umsetzung von Maßnahmen zur CO₂ Minderung erfolgen kann, ist die Einstellung einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimaschutzmanagers erforderlich. Die Personalkosten für diese Stelle werden in den ersten 3 Jahren mit 65 % gefördert. Jetzt heißt es handeln und nicht weiter abwarten, damit ein kommunaler Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird und das angestrebte Ziel der CO₂ Reduktion bis 2020 um rund 11% und bis 2030 um rund 23% erreicht wird.

Das gleiche gilt für den Lärmaktionsplan Stufe II zur Verringerung des Lärms auf innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen. Der jetzt im Entwurf vorliegende Plan zeigt auf, dass in Erkrath viele Menschen von einem zu hohen Straßenlärm betroffen und dadurch in der Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt sind.

Konkretes Handeln ist hier geboten. Als erste Maßnahme ist vorgesehen, dass in diesem Jahr die Max-Planck-Straße im Bereich der Wohnbebauung mit einem lärmindernden Asphalt saniert wird.

Das Radverkehrskonzept liegt nun endlich auch vor und jetzt bedarf es der konkreten Umsetzung, damit die Rahmenbedingungen für das Radfahren verbessert werden und die Förderung einer umwelt- und klimaschonenden Mobilität in unserer Stadt erfolgt.

Wir werden auch weiterhin darauf drängen, dass das Projekt Urban Farming umgesetzt wird. Dieses Projekt wurde bereits bei der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes diskutiert und verfolgt die Intention auf öffentlichen Flächen den Anbau von Obst und Gemüse zu ermöglichen und das gemeinschaftliche Gärtnern, insbesondere für Menschen die über keinen eigenen Garten verfügen, zu fördern und somit Natur wieder erfahrbar zu machen.

Bündnis 90/Die Grünen sind nach wie vor der Auffassung, dass die mit den Stimmen von CDU und SPD getroffene Entscheidung für einen Neubau der Feuerwache auf dem Cleverfeld in jeder Hinsicht falsch ist und der Korrektur bedarf. Die bereits jetzt eingetretenen zeitlichen Verzögerungen durch aufwendige und kostenintensive Voruntersuchungen und aktuelle Kostenschätzungen der Verwaltung in Höhe von mindestens 18 Millionen Euro sind ein eindeutiger Beleg für diese Fehlentscheidung.

Meine Damen und Herren,

Bündnis 90/Die Grünen werden trotz einiger Fehlentscheidungen der neuen Koalition aus CDU und BmU dem Haushalt zu stimmen, da er den von uns in den letzten Jahren eingeschlagenen Kurs der richtigen Prioritätensetzung im Sozial- und Umweltbereich weitgehend fortführt.

Wir stehen für eine nachhaltige Gestaltung, die den Erhalt der Lebensqualität in den Vordergrund stellt und den Schutz der Umwelt, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt sowie die Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Stadt stärkt.

Abschließend richtet sich mein Dank an die Verwaltung, insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Reinhard Knitsch, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen